

SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Rechnungsprüfungsausschuss		
Sitzungsort Sitzungssaal, Raum 04.33, 4. OG, Rathaus, Rathausplatz 1, 58332 Schwelm		
Datum 18.03.2026	Beginn 16:58 Uhr	Ende 18:08 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder CDU

Heinemann, Manfred
Kampschulte, Matthias

Vertretung für Herrn Belitz

Mitglieder SPD

Nickel, Daniel Jan
Schumann, Florian
Tempel, Gabriele

Mitglieder AfD

Copf, Jürgen

Mitglieder GRÜNE

Glöde, Pascal
Kummer-Dörner, Sabine, Dr.

Mitglieder FDP

Breick, Susanne

Vertretung für Herrn Janjic

Mitglieder DIE LINKE

Hoffmann, Dominik

Vertretung für Herrn Senge

Mitglieder SWG/BfS

Kappelhoff, Petra Viola

Mitglieder BIZ

Grünwald, Markus

Vorsitzender

Beckmann, Philipp Josef

1. stellv. Vorsitzende

Haasmann, Christin

2. stellv. Vorsitzender

Nockemann, Frank

Vertreter der Verwaltung

Langhard, Stephan
Schweinsberg, Ralf

Sitzungsteilnehmende der Verwaltung

Landsberger, Susanne
Mueller, Karsten
von Gersum, Nicole

Schriftführer

Figueiredo Da Silva, Gabriel

Schriftführerin

Vatkova, Maya

Abwesend:

Mitglieder CDU

Belitz, Carl-Christian

Mitglieder FDP

Janjic, Alexander

Mitglieder DIE LINKE

Senge, Jürgen

A Öffentliche Tagesordnung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch den Vorsitzenden
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 3 Anträge zur Tagesordnung
- 4 Fragen der Einwohnenden an den Vorsitzenden
- 5 Mitteilungen von Verwaltung und örtlicher Rechnungsprüfung
- 6 Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung 090/2026
- 7 Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt NRW zu verwaltungs- und vergaberechtlichen Fragestellungen bei baulichen Maßnahmen: Sachstandsbericht der Verwaltung
- 8 Erlass einer neuen Vergaberechtssatzung sowie Festlegung neuer Wertgrenzen 114/2026
- 9 Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an Verwaltung und örtliche Rechnungsprüfung

A Öffentliche Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch den Vorsitzenden

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 16:58 Uhr und begrüßt die Ausschussmitglieder sowie die Mitarbeiter/-innen der Verwaltung.

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die form- und fristgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Rechnungsprüfungsausschusses fest.

Frau Breick (FDP) ist sachkundige Bürgerin (skB) und nimmt als stellvertretendes Mitglied an der Sitzung teil. Sie wird durch den Vorsitzenden verpflichtet.

3 Anträge zur Tagesordnung

Keine Beiträge.

4 Fragen der Einwohnenden an den Vorsitzenden

Keine Beiträge.

5 Mitteilungen von Verwaltung und örtlicher Rechnungsprüfung

Keine Beiträge.

6 Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung 090/2026

Frau von Gersum legt die Hintergründe der Anpassung der Rechnungsprüfungsordnung dar und verweist wegen der Einzelheiten auf die als Anlage beigefügte Synopse.

Einzelne Punkte werden im Gremium besprochen und Fragen werden durch Frau von Gersum und Frau Landsberger beantwortet. Auf die Nachfrage von Frau Kummer-Dörner, inwieweit sich die Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung auf die Prüfungen auswirke, erläutert Frau von Gersum, dass die Prüfungen wie bisher durchgeführt werden und die Politik die bekannten Berichte erhalten wird.

Beschlussvorschlag:

Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Schwelm die vorgelegte Fassung der Rechnungsprüfungsordnung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	dafür	14
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	1

7 Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt NRW zu verwaltungs- und vergaberechtlichen Fragestellungen bei baulichen Maßnahmen: Sachstandsbericht der Verwaltung

Herr Langhard erläutert die Stellungnahme der Verwaltung zu dem Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt NRW (gpaNRW). Die Stellungnahme wurde als Anlage zu der Einladung für die hiesige Sitzung beigelegt.

Der Bericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

8 Erlass einer neuen Vergaberechtssatzung sowie Festlegung neuer Wertgrenzen 114/2026

Herr Schweinsberg weist darauf hin, dass sich die aktuelle Vorlage auf die Vorlage 325/2025 bezieht. Weiterhin erläutert er die gesetzlichen Hintergründe für den Erlass des § 75a GO NRW (Beschleunigung, Entbürokratisierung). Die Grundlage für die neue Vergaberechtssatzung bilde die Mustersatzung der kommunalen Spitzenverbände.

Im Gremium werden einzelne Punkte der Satzung hinsichtlich Korruptionsbekämpfung, Leistungsbeschreibung, Qualität und Nachhaltigkeit ausführlich diskutiert.

Auf Nachfrage von Herrn Beckmann erläutern Herr Schweinsberg und Herr Langhard, dass bei der Entwurfsvorbereitung der Vergaberechtssatzung keine Kommunikation mit der örtlichen Rechnungsprüfung stattgefunden habe, weil man dazu keine Notwendigkeit gesehen habe. Die Satzung beruhe ausschließlich auf der

Mustersatzung. Sonderregelungen für die Stadt Schwelm seien nicht zugeflossen und nicht erwünscht.

Herr Schweinsberg weist zudem auf die Beteiligung des Instituts der Rechnungsprüfer bei der Entwicklung der Mustersatzung hin.

Herr Nockemann stellt den Antrag die vorgeschlagenen Wertgrenzen auf den Landesdurchschnitt auf 100.000,00 € für Bauleistungen und auf 50.000,00 € für Liefer- und Dienstleistungen anzuheben. Herr Schumann erklärt, dass die SPD-Fraktion diesen Antrag unterstütze.

Auf Nachfrage von Herrn Beckmann, ob die örtliche Rechnungsprüfung eine Stellungnahme zu dem Entwurf geben könne, teilt Frau von Gersum mit, dass örtliche Regelungen im Sinne der Korruptionsbekämpfung und des fairen Wettbewerbs möglich seien. Das Vorgehen der Verwaltung, Rahmungen in einer Satzung verbindlich vorzugeben, begrüßt sie und verweist auf die Ausführungen in der vorangegangenen Sitzung. Sie bedauert jedoch den fehlenden Austausch – orientiert an sinnvolle Regelungen der VOB/A und der UVgO - bei der Satzungserstellung. Eine abschließende Beurteilung der Satzung könne jedoch erst erfolgen, wenn die ergänzenden innerdienstlichen Regelungen (Vergabedienstanweisung) bekannt sein.

Frau Dr. Kummer-Dörner teilt mit, dass die Fraktion DIE GRÜNEN einen Antrag zur Konkretisierung einzelner Vorschriften der Vergaberechtssatzung vorbereite. Der Antrag soll im Haupt- und Finanzausschuss eingebracht werden. Aus diesem Grund stellt sie einen Antrag auf Vertagung des Beschlusses.

Herr Nockemann erläutert und Frau Dr. Kummer-Dörner stimmt dem zu, dass es sich nicht um einen Vertagungsantrag auf die nächste Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses handelt. Die Beratung der Vorlage solle stattdessen auf die nächste Sitzung des Finanz- und Hauptausschusses vertagt werden.

Herr Beckmann erkundigt sich nach dem zukünftigen Umgang mit der zentralen Vergabestelle sowie nach dem Zeitpunkt, zu dem der Rechnungsprüfungsausschuss mit den Entwürfen für die weiteren erforderlichen Regelungen, insbesondere für die internen Dienstanweisungen, rechnen könne.

Herr Schweinsberg stellt fest, dass die Vergaberechtssatzung derzeit keinen Einfluss auf die zentrale Vergabestelle habe. Mit der Dienstanweisung kann begonnen werden, sobald der Satzungstext feststeht. Aufgrund des Vertagungsantrags werden keine weiteren Ausführungen gemacht; das Gremium wird bei Fertigstellung informiert.

Beschlussvorschlag:

Die weitere Beratung wird ohne Beschlussempfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses in den Haupt- und Finanzausschuss verlagt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	14
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	0

9 Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an Verwaltung und örtliche Rechnungsprüfung

Herr Grünewald regt an – soweit dies gesetzlich zulässig und im Rahmen der Beratungsfunktion der Rechnungsprüfung möglich sei –, dass die Rechnungsprüfung künftig in ihre Prüfung die Fragestellung einbezieht, ob belastbare Kosteneinsparpotentiale durch den Einsatz von KI bestehen.

Frau von Gersum führt aus, dass die Rechnungsprüfung grundsätzlich weisungsfrei bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben sei. Eine Zusatzaufgabe könne lediglich vom Rat übertragen werden. Bei zusätzlichen Aufgaben sei der Aspekt des Personalaufwandes zu berücksichtigen. Die Prüfung von KI-Einsatz sei im Rahmen der Produktprüfungen nicht ausgeschlossen, jedoch solle kein Standardprüfthema wie das interne Kontrollsystem (IKS) werden.

Auf Nachfrage von Frau Kummer-Dörner, warum eine Aufgabenübertragung nicht durch den Rechnungsprüfungsausschuss erfolgen könne, verweist Frau Landsberger auf § 41 GO NRW.

Der öffentliche Teil wird um 18:05 Uhr beendet. Es wird festgestellt, dass keine öffentlichen Personen anwesend sind.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 7 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 18.03.2026

gez. Beckmann
(Vorsitzender)

gez. Vatkova
(Schriftführerin)